

Antrag B1

zur 22. Landesdelegiertenversammlung

Antragsteller: Landesvorstand



MIT MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU NRW

Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

1 **Weckruf: Deutschland wird abgehängt –**

2 **mehr Soziale Marktwirtschaft für die Stärkung des Wirtschaftsstandorts**

3
4 Die fetten Jahre sind vorbei. Deutschland steckt in einer Krise, die nicht nur
5 konjunktureller Natur ist:

6
7 Im internationalen Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit durch das
8 Weltwirtschaftsforum ist unser Land innerhalb eines Jahres von Platz 4 auf Platz 7
9 zurückgefallen. Vor allem Steuerbelastung und Bürokratie sind zu hoch.

10
11 • Die deutsche Politik hat sich zu sehr auf den Erfolgen der „Agenda 2010“
12 ausgeruht. Große Teile dieser Reformen wurden seither verwässert. Es wurde zu
13 wenig dafür getan, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes zu stärken.

14
15 • Es wurde zu viel Geld in den Ausbau sozialer Leistungen gesteckt, die künftige
16 Generationen belasten und Arbeit in Deutschland teurer machen. Die Tragfähigkeit
17 der sozialen Sicherungssysteme insbesondere des Rentensystems wurde nicht
18 ausreichend gesichert.

19
20 • In der Energie- und Klimapolitik leistet sich unser Land einen Dirigismus, der
21 Verbraucherpreise nach oben treibt, die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen,
22 Familien und Mittelstand teuer zu stehen kommt und innovative Kräfte lähmt. Es
23 wurde versäumt, die Kräfte und Ideen des Wettbewerbs ausreichend für mehr
24 Klimaschutz zu entfalten.

25
26 Wir wollen mit Klimaschutz ein wettbewerbsfähiges Industrieland bleiben. Wer
27 Klimaschutz mit Verboten und Steuern organisiert, riskiert nicht nur Arbeitsplätze,
28 sondern auch große Teil der Produktion, die dann andernorts unter weniger

anspruchsvollen Rahmenbedingungen - insbesondere den Klimaschutz betreffend - weitergehen. Dem Klima hilft das nicht, es schadet ihm sogar. Klimaschutz geht nur mit globalen Nachahmern, nur mit Innovationen. Deshalb wollen wir Klimaschutz mit marktwirtschaftlichen Anreizen. Eine unionsgeführte Politik darf nicht Preise, sondern muss Emissionsmengen festsetzen.

- In der letzten Dekade des insbesondere durch niedrige Zinsen ermöglichten Wachstums hat die Politik das Ziel einer strukturellen Steuerreform, weniger Bürokratie und eines nachvollziehbaren Generationenvertrages aus den Augen verloren. Immer mehr werden die vielen Belastungen unseres Verwaltungs- und Steuerrechtes sowie der vielen Regulierungen - die angeblich Gerechtigkeit und Verbraucherschutz verbessern sollen - zu einem Nachteil für die Bürger, für den Wirtschaftsstandort, für die Sicherungssysteme. Wir brauchen endlich wieder wenige aber leistungsfähige Einnahmequellen für den Staat statt Unübersichtlichkeit und ordnungspolitische Sündenfälle, die aus der Komplexität der Systeme zwangsläufig entstehen. Die von der SPD geforderte bedingungslose Grundrente ist ein weiteres verheerendes Beispiel für einen Sozialstaat dessen Ausbau längst die Bedürftigen aus dem Blick verloren hat.

- In Europa wurde zu wenig dafür getan, den historischen Erfolg der Integration insbesondere der osteuropäischen Länder durch ein konsequentes Bekenntnis zu einer stabilen Währung und zum Subsidiaritätsprinzip zu sichern.

Den von der Juncker-Kommission eingeschlagenen Weg, nur initiativ zu werden, wo dies wirklich geboten war, gilt es konsequent fortzusetzen.

- Innovationen sichern unseren Wohlstand. Deutschland ist auch als Forschungsation herausgefordert.

Damit wir im Wettbewerb mit China und den USA auch künftig bestehen können, muss der Anteil der Ausgaben für Forschung und Entwicklung am BIP von heute 3 auf 3,5 Prozent im Jahr 2025 gesteigert werden. Davor, dass gerade mittelständische Unternehmen mit einem Umsatz von unter 50 Millionen Euro im Jahr angesichts der Digitalisierung und schnell steigender Ansprüche an

Innovationskompetenz und -kultur den Anschluss zu verlieren drohen, haben erst kürzlich die Bertelsmann Stiftung und IW Consult in einer gemeinsamen Studie gewarnt.

Damit gerade Unternehmen mehr in Forschung investieren, wollen wir eine steuerliche Forschungszulage einführen, von der Mittelstand und Startups besonders profitieren.

Aus exzellenter Forschung muss mehr Wertschöpfung entstehen. Deswegen muss bei allen Förderinstrumenten der Transfer im Mittelpunkt stehen. Strukturwandel muss durch Vernetzung regionaler Akteure innovationsbasiert gestaltet werden. Dabei haben die Fachhochschulen für uns eine Schlüsselrolle.

Technologisch radikale Innovationen, die eine marktverändernde Wirkung haben, sind die Grundlage neuer Produkte, Dienstleistungen und ganzer Wertschöpfungsketten. Deshalb muss der Einstieg in die Förderung bahnbrechender Innovationen, sog. Sprunginnovationen, beherzt weiter verfolgt werden.

- Die Umsetzung von Infrastrukturprojekten dauert in Deutschland zu lange. Ob Radwege, Bahnstrecken oder Straßen: Planung und Genehmigung sind zu kompliziert. Das lässt immer mehr Menschen an den bisherigen Verfahren zweifeln. Um die Akzeptanz für die Berücksichtigung von Umweltbelangen und Bürgerbeteiligung zu erhalten, bedarf es einer grundlegenden Reform der Planungsprozesse und eine Beschleunigung der verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

Die Union hat aus ihren Wähleraufträgen insbesondere in den Großen Koalitionen seit 2005 zu wenig gemacht. Das liegt nicht daran, dass die aktuelle Koalition ihr Programm nicht umsetzen würde. Die Große Koalition in Berlin hat laut einer Auswertung der Bertelsmann-Stiftung 60 Prozent der Zielsetzungen aus dem Koalitionsvertrag abgearbeitet. Das Problem sitzt tiefer: Der Koalitionsvertrag enthält 73 Forderungen aus dem SPD-Wahlprogramm, aber nur 32 aus dem Wahlprogramm der Union. Die Union darf sich von keinem Koalitionspartner, egal wie notleidend oder selbstbewusst er ist, an der Nase herumführen lassen. Sie muss als letzte Volkspartei und Partei der Sozialen Marktwirtschaft ihren inhaltlichen Führungsanspruch geltend machen.

97 Sie darf sich nicht bei den politischen Inhalten erpressen lassen, um Stabilität für
98 Deutschland zu gewährleisten. Sonst wird gerade diese alsbald von den Rändern her
99 immer stärker in Frage gestellt.

100 Gerade bei der jetzt anstehenden Halbzeitbilanz braucht die Union den Mut zur
101 inhaltlichen Führung unseres Landes. Sie braucht Mut zu einem klaren Bekenntnis
102 zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Idee der Freiheit, um Wohlstand für alle und
103 soziale Sicherheit auch in Zukunft in Deutschland möglich zu machen.

104 Sie muss wieder mehr Ludwig Erhard wagen!

105

106 **Votum der Antragskommission:**

107 Annahme